

☀️ 20°C / 13°C



- Porta Westfalica

Initiative kündigt Bürgerbegehren gegen Portas Schulentwicklungspläne an

Carsten Korfesmeyer am 14.10.2017 um 00:13 Uhr



Die Kleinenbremer Grundschule soll bestehen bleiben, wird in den Investitionsplänen von Rot-Grün aber nicht berücksichtigt. Die Bürgerinitiative will auch das mit dem Bürgerbegehren ändern. (© Foto: Stefan Lyrath)

Porta Westfalica (mt). Etwa 2600 gültige Unterschriften wären nötig, um das Thema Schulentwicklung mit einem Bürgerbegehren noch einmal auf die Tagesordnung einer Ratssitzung zu bekommen. Volker Weichert und seine Mitstreiter von der „Initiative Schulerhalt Porta“ gehen davon aus, dass ihnen das locker gelingen würde. Groß sei der Wunsch in der Bevölkerung, alle Schulen der Stadt zu behalten und zu sanieren, heißt es. Portas Politiker, die am kommenden Mittwoch über den Dauerbrenner abstimmen, müssten dann in einigen Monaten noch einmal entscheiden. Es sei denn, sie votieren am 18. Oktober gegen die Beschlussvorschläge aus der Verwaltung.

Die Initiative und auch andere Kenner des politischen Stadtgeschehens rechnen fest damit, dass die rot-grüne Mehrheit ihr Schulentwicklungskonzept auf den Weg bringt. Das sieht unter anderem vor, die Standorte Holzhausen, Barkhausen, Lerbeck, Hausberge und Eisbergen mit einem Investitionsvolumen von aktuell 18,9 Millionen Euro komplett zu modernisieren. In Kleinenbremen soll es keine Sanierungsmaßnahmen geben, Neesen zieht in die ehemalige Porta-Schule - und Veltheim würde geschlossen.

Die Initiative will das nicht und fordert, dass alle bestehenden Schulen für die Zukunft flottgemacht werden. „Die Eisberger Sporthalle muss man nicht abreißen und neu bauen“, sagt Sprecher Martin Bohnsack. Wie seine Kollegen ist der Schulpflegschaftsvorsitzende des Verbunds Eisbergen-Veltheim der Ansicht, eine komplette Durchsanierung aller Standorte schlage weniger, maximal in gleicher Höhe zu Buche wie die rot-grünen Pläne.

Genauere Kosten für den Vorschlag der Bürgerinitiative habe die Verwaltung nicht ermittelt. Genau das müsse sie nach Weicherts Worten tun, wenn die Zahl der erforderlichen Unterschriften für das Bürgerbegehren vorliegen. Mittwoch werde man es in der Sitzung ankündigen - gleich unter Tagesordnungspunkt eins „Mündliche Anfragen von Einwohnern“. Die Initiative will ihren Protest gegen die geplante Schulentwicklung deutlich zum Ausdruck bringen und mit möglichst vielen Anhängern im Ratssaal sein. Auf eine große Demonstration vor dem Rathaus werde allerdings verzichtet. Bohnsack kündigt an, dass die Ansichten der Initiative zwar deutlich, aber auch sachlich vorgetragen werden. Und würde der Rat auch nach einem Bürgerbegehren für die Schulentwicklungspläne der beiden Mehrheitsfraktionen votieren, käme es zum sogenannten Bürgerentscheid. Über diesen werde per Briefwahl abgestimmt, heißt es von Weichert. „Ich habe ausgerechnet, dass wir ungefähr 6400 Stimmen benötigen“, sagt er.

Vorgeschrieben ist bei einem Bürgerbegehren, dass es mit einer Frage formuliert wird, die mit Ja oder Nein zu beantworten ist. Weichert und Kollegen feilen bereits an einem Text, der den inzwischen recht komplizierten Sachverhalt zusammenfasst - endgültig festgelegt haben sie sich aber noch nicht. „Bis Mittwoch liegt er aber vor.“ Gespannt auf den Inhalt ist bereits Grünen-Fraktionschef Marc Weber, der ein Bürgerbegehren grundsätzlich als ein legitimes Mittel bezeichnet. „Ich glaube aber fest an unser Konzept“, sagt er am Freitag auf MT-Anfrage. Die Schülerzahlen würden es nicht hergeben, an allen Grundschulen festzuhalten. Richtig sei es, die verbleibenden Standorte umfassend zu modernisieren. SPD-Fraktionschef Dirk Rahnenführer sieht das auch so. „Der Rat hat sich gegenüber der Bezirksregierung verpflichtet, eine Grundschule zu schließen.“ Die Pläne der Initiative umzusetzen sei zwar möglich, doch ein Weiterbetrieb aller bisherigen Standorte würde zwangsläufig zu einer Steuererhöhung führen.“

Viel Zuspruch und Unterstützung findet die Initiative hingegen bei CDU und FDP. „Lieber wäre mir zwar, wir kämen ohne Bürgerbegehren aus, aber es ist die einzige Möglichkeit, diese Fehlentwicklung noch zu stoppen“, sagt CDU-Ratsmitglied Florian Staab. Unstreitig sei, dass die Schulen saniert werden müssen - allerdings nicht in diesem Tempo. Das sei nicht zu schaffen. Es sollte besser geordnet und nacheinander erfolgen.

Für FDP-Fraktionsvorsitzende Cornelia Müller-Dieker ist in dem Thema „inzwischen so viel Musik drin, dass die Bürger darüber entscheiden sollten“. Die Entwicklung der Schülerzahlen auf längere Sicht genau vorherzusagen sei nicht darstellbar. Bedauerlicherweise werde die Schuldebatte mittlerweile sehr emotional geführt, sodass sich ganze Ortsteile gegeneinander aufbringen. „Das darf nicht sein und das muss ein Ende haben.“

SPD und Bündnisgrüne blicken dem Bürgerbegehren gelassen entgegen, sehen aber ein Risiko. „Es verzögert die Baumaßnahmen“, sagt Rahnenführer.

Copyright © Mindener Tageblatt 2017

Texte und Fotos von MT.de sind urheberrechtlich geschützt.
Weiterverwendung nur mit Genehmigung der Chefredaktion.

 **Kommentare**